

Stellungnahme zu einem Antrag öffentlicher Teil

| Gremium | Datum |
|----------------------------|-------|
| Bezirksvertretung 7 (Porz) | |

Barrierefreie Glasrecycling-Unterflurcontainer-Systeme für jeden Stadtteil von Porz und Köln

Von FDP Köln in der Bezirksvertretung Porz wurde folgender Antrag gestellt:

Die Verwaltung wird beauftragt, alle Voraussetzungen nebst Fördermöglichkeiten zu prüfen und zu schaffen, dass in jedem Kölner Stadtteil ein barrierefreies Unterflurbehälter-System zum Glasrecycling auf Marktplätzen oder in der Nähe von Einkaufsmöglichkeiten eingebaut wird zur Verfügung steht. In Porz würden 17 weitere Unterflurcontainer eingebaut. Eine Auflistung der möglichen Standorte ist der Bezirksvertretung frühzeitig vorzulegen.

Dabei sind die 19 Stadtteile, in denen bereits ein Duales System von Unterflurcontainern zur Glaserfassung vorhanden ist, nicht mehr zu berücksichtigen. Der Finanzausschuss wird gebeten, die finanziellen Mittel zur Verfügung zu stellen. Der Ausschuss für Klima, Umwelt und Grün ist einzubinden.

Die Verwaltung nimmt wie folgt Stellung:

Die Erfahrungen haben gezeigt, dass der Einbau von Unterflurcontainer für Glas an zentralen Stellen sehr schwierig ist. Gerade in zentralen Bereichen ist der Einbau von Unterflurcontainern aufgrund von Leitungen oft nicht möglich.

Es ist auch fraglich, ob der gewünschte Personenkreis durch diese Maßnahme erreicht werden kann. Dieser Personenkreis müsste relativ lange Wege zur Entsorgung von Glas in Kauf nehmen. Der Verwaltung liegt auch kein Bedarf aus diesem Personenkreis vor.

Um dem Beschluss umzusetzen, sind pro Standort ca. 27.000 Euro erforderlich. Dies bedeutet für das gesamte Stadtgebiet ein Betrag von rd. 1,9 Millionen Euro. Darüber entstehen Folgekosten aufgrund der erforderlichen Wartung i.H.v. ca. 3.000 Euro pro Standort. Hierdurch entstehen nochmals Kosten pro Jahr in Höhe von 210.000 Euro. Eine Fördermöglichkeit wird seitens der Verwaltung nicht gesehen.

Aufgrund der hohen Kosten und aufgrund der Einschätzung, ob der gewünschte Personenkreis hierdurch erreicht werden kann, sieht die Verwaltung keine Möglichkeit diesen Antrag umzusetzen.